



# **Positionspapier der Wiener Grünen und der Grünen Wirtschaft zur Nahversorgung in Wien**

Beschlossen von der Wiener Landeskonzferenz am 10.11.2003

# 1     **Positionspapier der Wiener Grünen und der Grünen** 2     **Wirtschaft zur Nahversorgung in Wien**

## 4     **Präambel**

5     Eine funktionierende Nahversorgung hat in der öffentlichen Meinung einen hohen  
6     gesellschaftlichen Stellenwert, dennoch sind wir seit Jahren mit einem Ausdünnen  
7     der Nahversorgung bzw. einer Verschlechterung ihrer Qualität konfrontiert.  
8     Insgesamt zeichnet sich die Nahversorgungspolitik zentraler politischer AkteurInnen  
9     durch halbherzige Symptombekämpfung aus, während die Wurzeln des Problems im  
10    Bereich der Stadtplanung, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik nicht angepackt werden.

11    Gerade in Zeiten der Rezession führt die stagnierende Inlandsnachfrage zu einem  
12    „Nullsummenspiel“ im Einzelhandel: Im wesentlichen konstante Gesamtumsätze  
13    sorgen dafür, dass jedem/r GewinnerIn eine große Anzahl von VerliererInnen  
14    gegenüber stehen. Eine Politik, die den unkontrollierten Wildwuchs am Stadtrand  
15    nicht nur toleriert, sondern durch den Bau neuer Straßen sogar noch fördert, die  
16    Klein- und Mittelbetriebe in Konkurrenz gegen große Handelskonzerne dem „freien“  
17    Spiel der Marktkräfte“ überlässt, macht sich zum Totengräber der innerstädtischen  
18    Nahversorgung.

19    Eine aktive und umsichtige Politik zur Erhaltung und Sicherung der Nahversorgung  
20    im (inner)städtischen Bereich wird sich deshalb nicht - wie gegenwärtig der Fall – in  
21    erster Linie auf monetäre Förderungsprogramme beschränken. Die Erhaltung und  
22    Schaffung einer funktionierenden Nahversorgung muss vielmehr als  
23    **Querschnittsmaterie** gedacht und über verschiedene Politikbereiche beeinflusst  
24    werden.

25    Die Wiener Grünen und die Grüne Wirtschaft stehen für

- 26       ➤ Die Erhaltung des Lebensumfeldes Stadt als sozialer Raum, in dem  
27       Menschen gleichberechtigt nebeneinander wirtschaften, arbeiten und leben.  
28       Ein zentrales öffentliches Gut bildet in diesem Kontext eine funktionierende  
29       Nahversorgung.
- 30       ➤ Die Sicherung und Schaffung von kleinräumigen, dezentralen  
31       Wirtschaftsstrukturen sowie gezielte politische Interventionen zur Erhaltung  
32       der für eine pluralistische, funktionierende Nahversorgung wichtigen klein- und  
33       mittelständischen Strukturen.
- 34       ➤ Den Ausgleich von sozialen und räumlichen Ungleichheiten im Zugang zur  
35       Nahversorgung, insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen

- 36           ➤ Positiv-Summen-Spiele anstatt für die Nahversorgung ruinösem  
37           Standortwettbewerb zwischen Wien und Umland

## 38           **Grünes Verständnis von Nahversorgung**

39           Der Begriff Nahversorgung ist in aller Munde, gleichzeitig gibt es allerdings keine  
40           einheitliche Definition von Nahversorgung. Sich „nahversorgt fühlen“ wird subjektiv  
41           unterschiedlich empfunden und orientiert sich auch an unterschiedlichen  
42           Bedürfnissen; jede Definition kann deshalb nur eine Annäherung an die Bedürfnisse  
43           vieler Menschen sein.

44           Nahversorgung im engeren Sinne bedeutet für die Wiener Grünen und die Grüne  
45           Wirtschaft, dass jene Leistungen und Waren, die täglich oder mehrmals pro Woche  
46           benötigt werden, in zumutbarer Entfernung, d.h. zu Fuß in ca. fünfzehn Minuten,  
47           erreichbar sind. Einen Schwerpunkt bildet hier die Versorgung der Bevölkerung mit  
48           Gütern des täglichen Bedarfes, v.a. Lebensmitteln.

49           Nahversorgung im weiteren Sinne beinhaltet ein öffentliches und privates Güter- und  
50           Leistungsangebot, das Kindergärten, Schulen, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen,  
51           ÄrztInnen, Banken, Postämter ebenso umfasst wie LebensmittelhändlerInnen,  
52           Eisenwaren- und Schuhhandlung, Gastronomiebetriebe und kulturelle Angebote, z.B.  
53           Kinos, Bibliotheken oder Musikschulen. Unter Nahversorgung im weiteren Sinne  
54           verstehen wir deshalb die gleichberechtigte Teilhabe der gesamten Bevölkerung, d.h.  
55           die Mitbestimmung über und den Zugang zu einem ausreichenden sowie qualitativ  
56           hochwertigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angebot in fußläufiger oder  
57           mit öffentlichen Verkehrsmitteln bequem und rasch zurücklegbarer Distanz.

58           Eine funktionierende (inner)städtische Nahversorgung schafft Lebensqualität, trägt  
59           zur Belebung von Stadtgebieten/Grätzeln und zur Erhaltung des historisch  
60           gewachsenen Ortsbildes bei, fördert die soziale Kommunikation und den  
61           gesellschaftlichen Zusammenhalt, führt zum Prosperieren von kleinräumigen  
62           Wirtschaftsstrukturen, hat speziell positive beschäftigungspolitische Aspekte und  
63           reduziert das private Verkehrsaufkommen. Nahversorgung entspricht somit dem  
64           Prinzip der Nachhaltigkeit.

65           Die Wiener Grünen und die Grüne Wirtschaft betrachten eine funktionierende  
66           Nahversorgung als **öffentliches Gut**, das Nutzen für die gesamte Bevölkerung  
67           erzeugt, negative externe Effekte minimiert und Gemeinnutzen stiftet – so z.B.  
68           speziell für ältere, weniger mobile Menschen, Frauen, die häufig Doppel- und  
69           Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind, Personen ohne Kraftfahrzeug oder sozial  
70           Benachteiligte, deren Abhängigkeit von einer funktionierende Nahversorgung  
71           naturgemäß höher ist.

72           Ziel einer aktiven Nahversorgungspolitik auf kommunaler Ebene muss es deshalb  
73           sein, Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. politischen Interventionen zu setzen, die

74 zur Erhaltung und Sicherung des „öffentlichen Gutes Nahversorgung“ beitragen, da  
75 dieses ausschließlich marktförmig nicht gesichert werden kann.

76 Einschränkend sei hier bemerkt, dass zentrale gesetzliche Kompetenzen, die direkt  
77 oder indirekt Auswirkungen auf die Nahversorgungssituation in Wien haben, in die  
78 Zuständigkeit des Bundes bzw. der EU fallen. Dennoch könnten auch auf Wiener  
79 Ebene eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen zur Erhaltung einer  
80 funktionierenden Nahversorgung gesetzt werden, die wir aus einer Grünen  
81 Perspektive beleuchtet haben.

## 82 **Zentrale Ursachen für die Verschlechterung der** 83 **Nahversorgungssituation**

84 Seit Jahrzehnten herrscht weitgehend Konsens darüber, dass die städtische  
85 Nahversorgung erhalten und gefördert werden muss. Dennoch ist festzustellen, dass  
86 die Verschlechterung der Nahversorgung in vielen Bereichen ständig voranschreitet.  
87 Das sogenannte „Geschäftsterben“ mit all seinen negativen Begleiterscheinungen  
88 hat den Charakter zahlreicher Wiener Straßenzüge und Grätzels stark beschädigt.

89 Trotz aller Bemühungen, dem entgegenzuwirken und trotz breiter  
90 Solidaritätsbekundungen, hat sich an diesem Trend während der vergangenen Jahre  
91 kaum etwas geändert. Die bisherigen Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der  
92 Nahversorgung können nur als „halbherzige Symptombekämpfung“ bezeichnet  
93 werden. Die eigentlichen Wurzeln des Problems bleiben bestehen: das Versagen in  
94 der wirtschaftspolitischen Reglementierung, in der Raumplanung sowie bei der  
95 Festlegung fiskalischer und verkehrspolitischer Rahmenbedingungen, die  
96 großflächige Betriebe an den Stadt- und Ortsrändern derzeit massiv bevorzugen.  
97 Zahlreiche AkteurInnen im Bereich der Nahversorgungsförderung sowie die direkt  
98 betroffenen und teils sehr engagierten Geschäftsleute der Wiener Einkaufsstraßen  
99 empfinden ihre Bemühungen daher zunehmend als mehr oder minder chancenlosen  
100 „Kampf gegen Windmühlen“.

101 Der fortschreitende Niedergang der Nahversorgung hat - neben sich radikal  
102 wandelnden Einkaufsgewohnheiten der KonsumentInnen und unterschiedlichen  
103 lokalen Gegebenheiten - einige wesentliche strukturelle Ursachen. Alle  
104 oberflächlichen Maßnahmen zur Nahversorgungsförderung sind deshalb von vorne  
105 herein zum Scheitern verurteilt.

106 *1. Der fortschreitenden Konzentrationsprozess in der EigentümerInnenstruktur*  
107 *und die stetige Ausweitung von Verkaufsflächen führen zu einer Reduzierung*  
108 *der Standorte und ziehen Kaufkraft aus dem Nahbereich ab.*

109 Der Konzentrationsprozess im Einzelhandel verläuft dabei auf zwei miteinander  
110 verbundenen Ebenen. Einerseits konzentriert sich der Handel auf immer weniger  
111 Betriebsstandorte - typische Ausprägung sind die vorwiegend am Stadtrand

112 gelegenen Fachmärkte oder die mit Freizeitangeboten kombinierten Shopping- und  
113 Einkaufszentren. Andererseits kommt es zu einer Konzentration in der  
114 EigentümerInnenstruktur. Die Vielfalt kleinerer Einzelhandelsbetriebe mit individueller  
115 EigentümerInnenstruktur wird von immer größeren Filialketten in der Hand weniger  
116 großer, teils global agierender, EigentümerInnen verdrängt. Die Zerstörung eines  
117 funktionierenden Wettbewerbes war in Österreich nicht zuletzt durch ein besonders  
118 lasches Wettbewerbsrecht begünstigt.

119 Zur Konzentration im Handel auf größere Unternehmen trägt auch die beinahe  
120 vollständige Liberalisierung der Geschäftsmieten bei. Viele kleinere Wiener  
121 Unternehmen können sich die Mieten nicht mehr leisten, was insbesondere in der  
122 Wiener Innenstadt zu deren Verschwinden und zur Zunahme von internationalen  
123 Konzernen beigetragen hat. Gerade aus der mangelnden Interventionsmacht der  
124 Gemeinde Wien im Bereich der Mietenregelungen – diese fällt in die Kompetenz des  
125 Bundes – ergibt sich aus Sicht der Grünen ein verstärkter Handlungsbedarf für die  
126 Förderung der Nahversorgung im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus und der  
127 Maßnahmen zur Gebäudesanierung.

128 Der mit einem Überangebot an Verkaufsflächen verbundene Konzentrationsgrad im  
129 gesamten österreichischen Handel ist im europäischen Vergleich als prekär hoch zu  
130 bezeichnen. Wien verzeichnet z.B. im Lebensmitteleinzelhandel Spitzenwerte: Die  
131 vier Marktführer decken 95 Prozent des Gesamtumsatzes ab. Dies führt zu einer  
132 enormen Marktmacht sowohl gegenüber den KonsumentInnen als auch den  
133 LieferantInnen - so konnten etwa die Marktführer im Lebensmitteleinzelhandel ihre  
134 Preise in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich anheben. Gleichzeitig  
135 erleichtern diese Prozesse die räumliche Konzentration, d.h. Kaufkraft wird aus dem  
136 Nahbereich abgezogen und an wenigeren Standorten konzentriert.

137 *2. Kleine und mittlere Gewerbetreibende sind gegenüber großen Unternehmen*  
138 *bei der Durchsetzung ihrer Interessen benachteiligt. Mit der Zurückdrängung*  
139 *von innerstädtischen Klein- und Mittelbetrieben gegenüber*  
140 *Großvertriebsformen gehen allerdings auch negative beschäftigungspolitische*  
141 *Effekte einher.*

142 Obwohl kleine und mittlere Gewerbetreibende die überwiegende Mehrheit bilden,  
143 setzen sich österreichweit scheinbar auch innerhalb ihrer Interessensvertretung, der  
144 Wirtschaftskammer, offensichtlich hauptsächlich die Interessen weniger Großbetriebe  
145 durch, die in erster Linie von Konzentrationsprozessen profitieren. Widersprüchlich  
146 ist hier v.a., dass einerseits meist unzureichende, alibiartige Maßnahmen zur  
147 Nahversorgungsförderung durchgeführt werden, andererseits die  
148 Expansionsmöglichkeiten der dominanten, großflächigen Betriebe sowohl auf  
149 nationaler wie internationaler/EU-Ebene weder wirksam eingeschränkt noch in  
150 verträgliche Bahnen gelenkt werden.

151 Durch den insbesondere in den neunziger Jahren äußerst rasch ablaufenden  
152 Konzentrationsprozess kam es neben der Reduktion von Betriebsstandorten auch zu  
153 einem Rückgang der Beschäftigung bzw. einem entsprechenden Anstieg der  
154 Arbeitslosigkeit. Insgesamt waren in Wien im Jahr 2002 im Bereich Handel/Lagerung  
155 ca. 16.000 Arbeitslose gemeldet, was einer überdurchschnittlich hohen  
156 Arbeitslosenquote von rund 13 Prozent entsprach. Auch verschiedene internationale  
157 Studien belegen einhellig negative beschäftigungspolitische Effekte von  
158 Großvertriebsformen mit einem zentralen Merkmal: Personal wird zunehmend durch  
159 Fläche ersetzt. Im Vergleich dazu schaffen Klein- und Mittelbetriebe, für die zumeist  
160 ein kleineres Einzugsgebiet notwendig ist und die sich eher in der Nähe der  
161 KonsumentIn befinden, mehr Arbeitsplätze. Wegen ihrer Zurückdrängung kann  
162 deshalb durchaus auch von einem Rückgang der Nahversorgung mit Arbeitsplätzen  
163 gesprochen werden.

164 Im Zusammenhang mit Konzentrationstendenzen von Handelsketten gehen nicht nur  
165 Arbeitsplätze verloren, sondern die Handelsangestellten sind vermehrt von  
166 Flexibilisierungstendenzen im Graubereich oder jenseits des Arbeitsrechts betroffen.  
167 Atypische Beschäftigungsformen, wie Arbeit auf Abruf (keine fixe  
168 Stundenverpflichtung, kein garantiertes Gehalt, sondern Arbeit auf Anruf des  
169 Unternehmens je nach Bedarf), freier Dienstvertrag, Leiharbeit etc., verlagern  
170 zunehmend das wirtschaftliche Risiko von den Unternehmen auf die  
171 ArbeitnehmerInnen und sind in der Regel mit mangelnder sozialer Absicherung  
172 verbunden.

173 *3. Unser Steuersystem, das ökologische Aspekte fast völlig vernachlässigt, die*  
174 *Bevorzugung des Individualverkehrs gegenüber öffentlichen Verkehrsmitteln*  
175 *sowie viel zu geringe Kfz-Betriebs- bzw. Transportkosten, führen dazu, dass*  
176 *sich autogerechte Formen des Einkaufens immer mehr durchsetzen.*

177 Die bereits beschriebenen Umstrukturierungen im Handel führen auch zu  
178 Veränderungen in der Gestaltung des Raumes und der Landschaft. Diese bedingen  
179 wiederum, dass wesentlich längere und daher ungleich stärker Pkw-affine  
180 Einkaufswege absolviert werden müssen, wobei die Entwicklung hin zu größeren  
181 Verkaufsflächen auch durch Veränderungen der Verkehrsinfrastruktur gefördert oder  
182 erst ermöglicht wurde. Daraus resultieren wiederum zahlreiche ökologische und –  
183 wenn auch weniger bekannt – soziale Probleme. Einerseits werden durch das  
184 Geschäftssterben und den zunehmenden Autoverkehr viele Wiener Stadtteile als  
185 Lebensumfeld zusehends unattraktiver, andererseits sind Menschen ohne Auto von  
186 dieser Entwicklung besonders negativ betroffen. Nicht zuletzt werden externe Kosten  
187 – wie z.B. ökologische oder gesundheitliche Kosten durch einen verstärkten  
188 Einkaufsverkehr - nicht berücksichtigt. Damit werden letztendlich aber ökologisch-  
189 nachhaltigere Strukturen der innerstädtischen Nahversorgung benachteiligt.

190 Nichtsdestotrotz wünschen sich viele Geschäftstreibende mehr Parkplätze. Aus der  
191 jeweiligen individuellen Sicht eine absolut nachvollziehbare Forderung: Mehr

192 Parkplätze vor dem eigenen Betrieb schrecken wahrscheinlich keine KundInnen ab,  
193 tragen aber dazu bei, dass auch Auto-orientierte KäuferInnen den jeweiligen  
194 Betriebsstandort aufsuchen können. Was passiert jedoch, wenn alle  
195 NahversorgerInnen und Einkaufsstrassen mit einem größeren Parkplatzangebot  
196 aufwarten? Es ist davon auszugehen, dass dies nicht zur Sicherung der  
197 Nahversorgung beiträgt, sondern vielmehr weiter zentrale Lagen stärkt. Denn wenn  
198 auf das Auto zurückgegriffen werden muss, weil Nahversorgung im fußläufigen  
199 Einzugsbereich fehlt, wird dabei nicht die nächstgelegene Einkaufsmöglichkeit,  
200 sondern vielfach weiter entfernt liegende, attraktivere Standorte angefahren. Insofern  
201 ist der Erhalt von Nahversorgungsbetrieben und die Schaffung von attraktiven  
202 Stadtteilen im fußläufigen Einzugsbereich von zentraler Bedeutung, Parkplätze sind  
203 in diesem Zusammenhang nachrangig. Vielmehr trägt der öffentliche  
204 Personennahverkehr (ÖPNV) dazu bei, dass zentrale (etwa an wichtigen Linien oder  
205 Verkehrsknotenpunkten liegende) Standorte gegenüber anderen Standorten  
206 bevorzugt werden. Durch den ÖPNV erschlossene Standorte sind sowohl aus  
207 sozialen (weil potenziell für alle zugänglich) als auch aus ökologischen  
208 Gesichtspunkten Auto-orientierten Standorten vorzuziehen.

209 *4. Der derzeit praktizierte Finanzausgleich macht es für jede Gemeinde lukrativ,*  
210 *die Nahversorgung anderer Kommunen mit an der Gemeindegrenze*  
211 *errichteten Einkaufszentren zu konkurrenzieren.*

212 Standortwettbewerb zwischen Städten und Gemeinden bzw. Regionen (z.B. Wien –  
213 NÖ) haben häufig negative Auswirkungen auf die Nahversorgungssituation.  
214 Kurzfristiger Nutzenmaximierung, Eigeninteressen bzw. Konkurrenz zwischen  
215 Gemeinden/Städten und Regionen führen immer wieder zur Zerstörung bzw.  
216 Verschlechterung der gewachsenen Nahversorgungsstrukturen, da Kaufkraft aus  
217 diesem Bereich abgezogen und häufig in Großanlagen - wie Einkaufszentren -  
218 umgeleitet werden. Auch die Raumplanung vermag diesem zerstörerischen  
219 Standortwettbewerb viel zu wenig entgegen zu setzen bzw. werden Übertretungen  
220 zu wenig strikt sanktioniert.

221 *5. Daneben haben lokale Gegebenheiten wie Siedlungsdichte, Bebauung und*  
222 *soziale Schichtung ebenso Einfluss auf die Nahversorgungsstruktur*

223 Innen- und Außenbezirke in Wien unterscheiden sich durch die Dichte der  
224 Besiedelung und gewachsene räumliche bzw. soziale Strukturen. Prinzipiell gilt: Je  
225 dichter die Bebauung, umso mehr Kaufkraft – allerdings ist diese auch von der  
226 Einkommensschichtung abhängig. Wo die Kaufkraft entsprechend hoch und dicht ist  
227 – wie in den Innenbezirken – findet sich zumindest in der Regel ein Nahversorger in  
228 Form eines Lebensmittelgeschäftes im fußläufigen Einzugsgebiet. Währenddessen  
229 verfügen in den Außenbezirken 21 und 22 rund 20% der Bevölkerung über kein  
230 Lebensmittelgeschäft. Neben der Siedlungsdichte spielt auch das vorhandene  
231 Kaufkraftpotential und damit die soziale Schichtung der ansässigen Bevölkerung eine

232 wichtige Rolle, ebenso wie die Wirtschaftsstruktur in Form von Arbeitsstätten, da  
233 auch davon Nachfrage ausgeht.

## 234 **Nahversorgungsförderung in Wien**

235 In Wien bestehen die Maßnahmen zur Sicherung der Nahversorgung v.a. in  
236 **monetären Förderungen**, die in erster Linie über zwei Initiativen erfolgen, die beide  
237 aus Landesmitteln kofinanziert werden: Die > Nahversorgungsaktion < und die >  
238 Wiener Geschäftsstraßenförderung <. Die konkreten Maßnahmen der Stadt Wien im  
239 Bereich der Nahversorgungsförderung im engeren Sinne - sind allerdings  
240 unzureichend und wenig effektiv:

241 *1. Die finanziellen Mittel zur Nahversorgungsförderung im engeren Sinn sind*  
242 **gering**. 2003 beträgt die Nahversorgungsförderung ca. 2,4 Millionen €, die  
243 Einkaufsstraßenförderung 1,1 Millionen €.

244 *2. Die bisherigen Förderungskriterien sind sehr allgemein formuliert, räumlich*  
245 *unabhängig und berücksichtigen nicht, welches Sortiment angeboten wird, ob*  
246 *Arbeitsplätze gefördert werden, und wenn ja, welche.*

247 ➤ Eine Abgeltung der von den Klein- und Mittelunternehmen erwirtschafteten  
248 positiven Effekte – wie z.B. Beitrag zur Erhaltung eines attraktiven  
249 Stadtbildes, erhöhtes Steueraufkommen, erhöhte Schaffung von  
250 Arbeitsplätzen - kann mit diesem Instrumentarium nicht oder nur schlecht  
251 erfolgen.

252 ➤ Es werden nur Investitionen und Ausbildung gefördert, jedoch keine  
253 laufenden Kosten[M1], was angesichts der Kostenstruktur im Einzelhandel  
254 für kleine Geschäfte ohne ausreichendes Eigenkapital problematisch ist.

255 ➤ Betriebsneugründungen werden nur unzureichend gefördert, die Förderung  
256 von Infrastruktur - besonders in unterversorgten bzw. strukturschwachen  
257 Gebieten - wurde bei den Förderungskriterien nicht berücksichtigt. Die  
258 einzige Möglichkeit, die sich auf das Umfeld von Betrieben bezieht, besteht  
259 im Rahmen der Einkaufsstraßenförderung in der Förderung zur  
260 Verbesserung des Ambientes durch Oberflächengestaltung.

261 ➤ Die finanziellen Mittel werden dabei auf zentrale, hochrangige  
262 Einkaufsstraßen - z.B. Mariahilfer Straße – konzentriert. Weitere  
263 wirtschaftspolitische Maßnahmen (wie etwa allgemeine  
264 Wirtschaftsförderung und Beratung) haben nur in Ausnahmefällen eine  
265 räumliche Perspektive und werden damit nicht zur gezielten Verbesserung  
266 der Nahversorgungsstruktur in unterversorgten bzw. sozial oder  
267 wirtschaftlich benachteiligten Gebieten eingesetzt.

268 Allerdings reichen rein finanzielle Förderungsmaßnahmen zugunsten der Sicherung  
269 der Nahversorgung in Wien nicht: Notwendig wäre vielmehr ein Mix aus  
270 verschiedenen Maßnahmen: Neben der Nahversorgungsförderung im engeren Sinne  
271 sollten dabei auch gezielte Interventionen im wirtschaftspolitischen und fiskalischen  
272 Bereich erfolgen und gleichzeitig stadtplanerische Aspekte, Verkehrsplanung und die  
273 Strukturentwicklung im Umland stärker berücksichtigt werden.

274 Sowohl auf europäischer und staatlicher, wie auch kommunaler und lokaler Ebene  
275 können und müssen Maßnahmen zur Förderung und Sicherung der Nahversorgung  
276 gesetzt werden. Gleichzeitig gibt es allerdings **keinen Einheitsansatz** („one size fits  
277 all“), der gleichermaßen allen Stadtgebieten/Teilen Wiens übergestülpt werden kann.  
278 Zu berücksichtigen sind gewachsene oder nicht vorhandene räumliche Strukturen,  
279 Betriebsstrukturen, Siedlungsdichte, Verkehrsstrukturen u.a. Nicht zuletzt deshalb ist  
280 eine verstärkte **Teilhabe der Bevölkerung**, d.h. aller, die vor Ort leben, arbeiten und  
281 wirtschaften, zentraler Bestandteil einer Politik, die auf die Errichtung von  
282 kleinräumigen Wirtschaftsstrukturen und die Gestaltung des urbanen  
283 Lebensumfeldes „Stadt“ abzielt.

## 284 **Anforderungen an eine nachhaltige Nahversorgungspolitik** 285 **in Wien**

### 286 **Nahversorgungsabgabe zur Stärkung der (inner)städtischen** 287 **Nahversorgung**

288 Die gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen sind von Konzentrationsprozessen  
289 gekennzeichnet, die *ein* wesentlicher Grund für das Ausdünnen der Nahversorgung  
290 sind. Klein- und Mittelbetriebe sind dabei gegenüber großen Handelskonzernen bei  
291 der Interessensdurchsetzung strukturell benachteiligt und werden gleichzeitig nicht  
292 ausreichend gefördert; ganz im Gegensatz zu einflussreichen Großunternehmen, die  
293 häufig sowohl direkt als auch indirekt gefördert werden und einen beträchtlichen Teil  
294 ihrer Kosten – z.B. Verkehrsaufkommen, Landschaftsverbrauch durch Parkplätze -  
295 auf die Allgemeinheit abwälzen können.

296 Lenkungsabgaben – so auch die von den Wiener Grünen und der Grünen Wirtschaft  
297 geforderte Nahversorgungsabgabe in Form der Flächenverbrauchsabgabe - können  
298 zu einer geänderten Rahmensetzung beitragen und sozial und ökologisch als negativ  
299 zu beurteilenden Raumstrukturen im Bereich des Einzelhandels entgegenwirken.  
300 Das Wesentliche der Flächenverbrauchsabgabe ist deren Steuerungswirkung:  
301 Besteuerungsobjekt der Flächenverbrauchsabgabe sind großflächige  
302 Handelsbetriebe, d.h. v.a. Einkaufszentren und Großmärkte, Besteuerungsgegen-  
303 stand ist grundsätzlich die Verkaufsfläche. Durch die Flächenverbrauchsabgabe  
304 werden Teile der auf die Allgemeinheit abgewälzten externen Kosten den  
305 Verursachern übertragen und damit etwas mehr Kostenwahrheit erzielt. Bei  
306 entsprechender Ausgestaltung, kann die Flächenverbrauchsabgabe ein äußerst

307 effektives, kurzfristig einführbares Lenkungsinstrument zugunsten einer besseren  
308 Nahversorgung sein. Andererseits können mit den zusätzlich eingenommenen  
309 finanziellen Mitteln Maßnahmen zur Nahversorgungsförderung gesetzt werden, die  
310 wiederum die Belebung und Attraktivierung von Stadtteilen zur Folge haben können  
311 und dadurch auch der Nahversorgung zugute kommen.

## 312 **Forderung**

313 ➤ Nahversorgungsabgabe in Form einer Flächenverbrauchsabgabe für  
314 Einkaufszentren und Großmärkte zur Annäherung an volkswirtschaftliche  
315 Kostenwahrheit und Erhöhung der öffentlichen Mittel zur  
316 Nahversorgungsförderung.

## 317 **Umgestaltung der Nahversorgungsförderung**

318 Die gegenwärtige Form der Nahversorgungsförderung im engeren Sinne hat sich als  
319 wenig effektiv erwiesen und sollte umgestaltet werden. Im Bereich der  
320 Nahversorgungsförderung bestehen dabei grundsätzlich zwei Möglichkeiten: ein  
321 Ansetzen bei den bestehenden Strukturen und/oder die Schaffung von neuen  
322 Nahversorgungsstrukturen.

323 Der Ansatz einer vorrangigen Förderung von „peripheren“ Einkaufsstraßen/  
324 Geschäftsvierteln, d.h. v.a. umsatzschwachen Einkaufsstraßen/Geschäftsviertel in  
325 wirtschaftlich und sozial benachteiligten Gebieten mit schlechter  
326 Nahversorgungssituation, geht von **bestehenden Strukturen** aus. Über die  
327 Attraktivierung bestehender Standorte sollen Kaufkraftströme *von* anderen  
328 Standorten - z.B. Einkaufszentren am Stadtrand - umgeleitet werden.

329 Einkaufsstraßen haben dabei eine strategische Bedeutung in Bezug auf das  
330 Einkaufsverhalten. Während Produkte des Kurzfristbedarfes z.B. Lebensmittel,  
331 Drogeriemarktsortiment so zeitschonend und bequem wie möglich in der  
332 unmittelbaren Nähe eingekauft werden, spielen beim Auswahlbedarf - Bekleidung,  
333 Hausrat, Wohnungseinrichtung- andere Kriterien eine Rolle – so z.B. breites  
334 Warenangebot/Sortiment, Einkaufsatmosphäre, Prestige des Einkaufsortes,  
335 Erreichbarkeit. (Benachbarten) Bezirkseinkaufsstraßen bzw. überregionalen Zentren  
336 (Beispiel Mariahilfer Straße, City, Zentrum Favoriten) kommt bei der Deckung des  
337 Auswahlbedarfes eine zentrale Bedeutung zu. Speziell die Deckung des  
338 Auswahlbedarfs erfolgt zunehmend in zentrumsfernen Shopping-Zentren und  
339 Fach(groß)märkten und wirkt sich daher besonders nachteilig auf die  
340 Nahversorgungssituation aus.

341 Die Einkaufsstraßenförderung, die hier entgegenwirken sollte, hat sich dabei bisher  
342 als schlecht konzeptioniertes und unzureichendes Instrument erwiesen. Die  
343 Einkaufsstraßenförderung fließt momentan in über hundert Einkaufsstraßenvereine  
344 mit ebenso vielen Logos (Marken) und Werbelinien, die so von den KonsumentInnen

345 kaum mehr wahrgenommen werden. Zudem wird sie häufig nach dem  
346 Gießkannenprinzip und für kurzfristige Maßnahmen eingesetzt.

### 347 **Forderungen**

348 ➤ *Vorrangige* Förderung von umsatzschwachen Einkaufsstraßen bzw.  
349 Geschäftsvierteln in wirtschaftlich und sozial benachteiligten Gebieten, sowie  
350 Umsetzung von strategischen Gesamtkonzepten (Mischnutzungen,  
351 Verkehrsanbindung/Verkehrsberuhigung, anzusiedelnde Branchen, Image)

352 ➤ Reform der Einkaufsstraßenförderung - statt Gießkannenprinzip Bevorzugung  
353 nachhaltigerer Aktivitäten durch die Förderrichtlinien - hochrangige Kultur-  
354 Events, Oberflächengestaltung, Qualitätsoffensiven, Förderung von  
355 Infrastruktur

356 ➤ Zusammenlegung von benachbarten Einkaufsstraßenvereinen, verstärktes  
357 Denken in Gebieten anstatt in Straßenzügen, um die Bewerbung zu  
358 erleichtern und auch auf eine finanziell breitere Basis zu stellen.

359 Der Ansatz einer gezielten Förderung von NahversorgerInnen in unterversorgten  
360 Gebieten („weiße Flecken der Nahversorgung“) zielt auf die **Schaffung neuer**  
361 **Strukturen** ab. Es wird davon ausgegangen, dass durch entsprechende  
362 Förderungen private NahversorgerInnen gefunden werden können, die in  
363 Nahversorgungslücken ein entsprechendes Angebot anbieten.

### 364 **Forderungen**

365 ➤ Konzentration der Wirtschaftsförderung auf benachteiligte Gebiete und  
366 Ausrichtung nach Kriterien der Nahversorgung.

367 ➤ Förderung von mobilen NahversorgerInnen und temporären Märkten in  
368 Zusammenarbeit mit Betrieben und BioanbieterInnen aus dem Wiener Umland

369 ➤ Erhöhung der Mittel zur Nahversorgungsförderung sowie Überprüfung und  
370 Neukonzeption von Förderungskriterien (räumliche Kriterien, vorrangige  
371 Förderung von Frauen, MigrantInnen und Öko-AnbieterInnen sowie Schaffung  
372 von Arbeitsplätzen).

373 ➤ Günstige Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden und Räumlichkeiten der  
374 Stadt Wien für Nahversorgungsbetriebe in unterversorgten Gebieten.

### 375 **Planungspolitische Maßnahmen**

376 Das Leben in der Stadt wird auch von der gebauten Umwelt maßgeblich beeinflusst.  
377 Wie unser Stadtbild gestaltet wird, inwiefern Voraussetzungen für kleinräumige  
378 Wirtschaftsstrukturen geschaffen werden oder nicht, hängt wesentlich von den

379 Vorgaben der Wiener Stadtplanung ab. Einerseits gilt es auf übergeordneter Ebene –  
380 im Rahmen der strategischen Planung (MA 18) – die Förderung der Nahversorgung  
381 und der innerstädtischen vielfältigen Geschäftsstruktur als klares, verbindliches Ziel  
382 zu verankern. Andererseits müsste durch eine Reform der Stadtplanungsinstrumente  
383 (Widmung MA 21, Bauordnung MA 37, Zusammenarbeit mit WWFF etc.) dafür Sorge  
384 getragen werden, dass die Umsetzung der formulierten Ziele erreicht wird.

385 Bezirksentwicklungspläne werden dabei bisher kaum als Instrument genützt, um  
386 zukünftig wünschenswerte Entwicklungen auch im Bereich der Nahversorgung zu  
387 definieren und die Bevölkerung dabei aktiv miteinzubeziehen. Demgegenüber  
388 könnten sie in Zukunft als strategische Pläne dienen: Wird ein Gebiet beispielsweise  
389 als „Nahversorgungs-Entwicklungsgebiet“ eingestuft, impliziert das eine Reihe von  
390 konkreten Maßnahmen, wie etwa die Erstellung eines Planes, der leerstehende  
391 Geschäftsräume und deren Daten (Fläche, Kosten, etc.) auflistet, sowie mögliche  
392 Bauplätze mit der Auflage ausweist, dass ebenerdige Geschäftslokale herzustellen  
393 sind. Dieser Plan kann öffentlich eingesehen werden und wird InteressentInnen und  
394 InvestorInnen zur Verfügung gestellt.

## 395 **Forderungen**

- 396 ➤ Aufwertung der Bezirksentwicklungspläne zu verbindlichen strategischen  
397 Plänen, die in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung erarbeitet werden. Diese  
398 Pläne schreiben gewünschte Entwicklungsszenarien von Teilen des  
399 Stadtgebiets fest und gelten als übergeordnete Leitbilder.
- 400 ➤ Bei Neuwidmungen wären daneben folgende Aspekte zu beachten:
  - 401 ➤ Zusätzliche Überprüfung der Auswirkungen bezüglich Kaufkraftabfluss auf  
402 die bestehende Geschäftsstruktur im Rahmen der  
403 Raumverträglichkeitsprüfungen bei Großbauvorhaben sowie bei  
404 Einkaufszentrum- oder Geschäftsstraßenwidmungen.
  - 405 ➤ Einrichtung eines Gebietsmanagements, sogenannte „kooperative  
406 Planung“, bei der die Stadtplanungsabteilungen nicht nur als  
407 vorschreibende, bewilligende Behörde, sondern als aktiver, begleitender  
408 Entwicklungsmanager eines Stadtentwicklungsprozesses agieren.
  - 409 ➤ Vorsorge für verkehrsberuhigte Zonen (Ein-/Ausfahrtsperren, Abgehen  
410 von der 1:1-Stellplatzverpflichtung im innerstädtischen Raum usw.)
  - 411 ➤ Förderung von Zwischen- und Mehrfachnutzungen, so z.B. indem  
412 leerstehende Geschäftslokale bzw. Gebäude für kulturelle Aktivitäten,  
413 soziale Initiativen, Ansiedlung von Kreativen etc. genützt werden, um eine  
414 Verödung des Erscheinungsbildes von Vierteln oder Straßenzügen zu  
415 vermeiden (Vorsorge für lebendige Erdgeschosszonen)

## 416 **Öffentlicher Raum, Verkehr und Nahversorgung**

417 Verkehrspolitik und öffentlicher Raum bilden zentrale Bestandteile einer aktiven  
418 Politik der Nahversorgungsförderung. Diesen Aspekten muss in der Praxis daher  
419 mehr Bedeutung beigemessen werden. Die derzeitige Handelsstruktur und die damit  
420 verbundenen Verkehrsprobleme bzw. der motorisierte Individualverkehr an sich  
421 haben große Auswirkungen auf die Gestaltung des öffentlichen Raumes und wirken  
422 auch auf kleinräumige Wirtschaftsstrukturen zurück. Die anhaltende Ausweitung von  
423 Einkaufszentren und Fachmärkten mit entsprechendem Parkplatzangebot führt zu  
424 einem großen Landschafts- und Flächenverbrauch, Kleinunternehmen verschwinden,  
425 leerstehende Geschäftslokale führen zu einer Verödung des Stadtbildes.

426 Der Einkaufsverkehr verzeichnete daneben im Verlauf der letzten Jahre deutlich  
427 höhere Wachstumsraten als z.B. der Berufsverkehr. Der öffentliche Raum - und  
428 damit auch das Umfeld von Einkaufsstrassen bzw. lokalen Einkaufsmöglichkeiten -  
429 verliert durch das wachsende Verkehrsaufkommen an Qualität.

430 Nahversorgungsförderung im weiteren Sinn bedeutet deshalb, dass öffentlicher  
431 Raum Lebensqualität bieten muss und als Raum begriffen wird, in dem Wirtschaft,  
432 Kultur, Erholung und soziale Kommunikation gleichberechtigt nebeneinander  
433 bestehen (Stadt als urbane Landschaft, Belebung von Grätzln). Verkehrspolitik bzw.  
434 die Lenkung - aber auch Vermeidung - von Verkehr bilden deshalb einen zentralen  
435 Bestandteil von Nahversorgungspolitik. Verkehrsberuhigung trägt zur Attraktivierung  
436 von Lebensraum und zum Umfeld von Geschäftsvierteln bei. Umgekehrt sind  
437 kleinräumige Wirtschaftsstrukturen per se ökologisch und sozial, da die  
438 Eigenversorgung in unmittelbarer Nähe (also fußläufiger Distanz) erfolgt und die  
439 Kommunikation im Nahbereich gefördert wird.

### 440 **Forderungen**

- 441 ➤ Attraktivierung von öffentlichem Raum durch Zurückdrängung des  
442 Autoverkehrs, verkehrsberuhigte Zonen, grüne Oberflächengestaltung,  
443 Verbreiterung der Gehsteige, Fahrbahnverengung, Radwege, Tempo 30.
- 444 ➤ Steuerung der Verkehrsmittelwahl hin zu einem höheren Anteil des  
445 öffentlichen Verkehrs in die einzelnen Geschäftsstraßen bzw. Geschäftsviertel  
446 (Ausbau und Anbindung des ÖPNV v.a. in peripheren Einkaufsstrassen).
- 447 ➤ Priorität für FußgängerInnen und RadfahrerInnen.
- 448 ➤ Einfahrts-/Zufahrtssperren in Gebieten mit guter öffentlicher Anbindung (vgl. 7.  
449 Bezirk).

## 450 **Teilhabe und Partizipation**

451 Probleme im Bereich der Nahversorgung haben in den verschiedenen Stadtteilen  
452 jeweils unterschiedliche Ursachen und Ausprägungen. Die Einbindung der  
453 Bevölkerung bei der Gestaltung besserer Nahversorgungsstrukturen, d.h. die  
454 Mitsprache all jener Menschen, die vor Ort arbeiten, leben und wirtschaften, ist daher  
455 zentraler Bestandteil einer Politik, die auf die Erhaltung einer lebenswerten Stadt und  
456 einer Versorgung im Nahbereich abzielt.

457 Teilhabe bedeutet, dass die Stadt allen gehört und somit auch der Zugang zur  
458 Versorgung im Nahbereich für alle sicher zu stellen ist. Die Menschen sollen als  
459 LokalexpertInnen mitreden, mitgestalten und auch mitentscheiden können. Teilhabe  
460 nimmt das Wissen aller BewohnerInnen ernst und bindet sie in  
461 Entscheidungsprozesse ein, nützt genauso das Wissen von ExpertInnen und  
462 PolitikerInnen und fördert die Mitbestimmung vor Ort.

463 Als Vision für die Zukunft gilt deshalb, dass die Bevölkerung neben bereits  
464 bestehenden Möglichkeiten im Grätzel bzw. im Rahmen der lokalen „Agenda 21“  
465 auch in größeren Bereichen mitentscheiden kann. Insgesamt hat sich allerdings  
466 gezeigt, dass speziell auf Bezirksebene wenig oder keine koordinierenden Instanzen  
467 bestehen, um Geschäftsleute, Bezirksbevölkerung (lokale KonsumentInnen),  
468 LokalpolitikerInnen, Behörden, PlanerInnen und die VertreterInnen von  
469 Interessensgruppen an einen Tisch zu setzen.

## 470 **Forderungen**

- 471 ➤ Aktivierende Befragung der Bevölkerung speziell in Gebieten mit schlechter  
472 Nahversorgungssituation
- 473 ➤ Aktivierende Stadtteilarbeit, die BewohnerInnen und Gewerbetreibende als  
474 ExpertInnen für Grätzel einbezieht, wie z.B. im Rahmen des  
475 Grätzelmanagements oder der Lokalen Agenda 21
- 476 ➤ Einbindung der Bevölkerung in die Erstellung von Bezirksentwicklungsplänen  
477 (siehe oben)

## 478 **Städtewettbewerb – Interkommunaler Wettbewerb**

479 Mangelnde interkommunale und interregionale Kooperation sowie Eigeninteressen  
480 bei Fragen der Standort- und Raumentwicklung verschärfen den Wettbewerb und  
481 haben negative Auswirkungen auf Raumstruktur und Nahversorgungssituation oder  
482 führen eine effektive Nahversorgungspolitik sogar ad absurdum. So z.B. durch  
483 Erteilung von Baugenehmigungen ungeachtet des Wissens, dass die Ausweitung  
484 von Verkaufsflächen bzw. die Neuerrichtung von Shoppingzentren an der Grenze der

485 Nachbargemeinde/ -region Kaufkraft von dort abzieht und die gewachsenen  
486 Nahversorgungsstrukturen zerstört.

487 Ziel muss es allerdings sein, ein Nullsummen Spiel zwischen Wien und seinem  
488 Umland zu vermeiden und hier längerfristige, gezielte politische Interventionen zu  
489 setzen. Dazu gehören v.a. auch eine verpflichtende interkommunale Kooperation bei  
490 Fragen der Standort- und Raumentwicklung samt Einspruchsrechten der jeweiligen  
491 Nachbargemeinden (Stadt-Umland-Verbünde), um eine für alle nachteilige Politik des  
492 Florianiprinzips („Hi. Florian verschon mein Haus, zünd andere an“) zu verhindern.

### 493 **Forderungen**

494 ➤ Verpflichtende interkommunale Kooperation bei Fragen der Standort- und  
495 Raumentwicklung samt Einspruchsrechten, d.h. v.a. Parteienstellung und  
496 Abstimmungsgebot bei Großbauvorhaben von Nachbargemeinden  
497 (bundeseinheitlicher Rahmen in der Raumordnung)

498 ➤ Reform des Finanzausgleiches: Kommunalsteuern von Geschäften ab 600qm  
499 sollen nicht mehr der Standortgemeinde zugute kommen, sondern einen  
500 überregionalen Nahversorgungsfonds speisen, aus dem die (inner)städtische  
501 Nahversorgung mit nachhaltigen Maßnahmen gefördert wird.

502

503 Redaktion: Stefan Ceipek, Sabine Gretner, Volker Plass, Monika Vögel, Kommentar:  
504 Rainer Tomassovits, Monika Feigl-Heihs, Lektorat: Waltraud Antonov, Sept 2003